

Versicherheitlichung als Strategie der Verfügbarmachung

Catharina Peeck-Ho

1. Einleitung

In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat das Thema Terrorismus gesellschaftspolitisch eine neue Bedeutung erlangt. Dabei rückte unter anderem die Frage in den Mittelpunkt, welche Mittel im Kampf gegen Terrorismus legitim sind und inwieweit Sicherheit für Bevölkerungen geschaffen werden kann: Die Einführung von Sicherheitstechnologien wie Gesichtserkennungsprogrammen, Kameras aber auch diesbezüglicher sozial-, jugend- und bildungspolitischer Maßnahmen, die oft in städtischen Räumen und an den Grenzen von Nationalstaaten umgesetzt wurden, ist dabei alles andere als unumstritten. Sicherheit bleibt in der Situation eines konkreten Anschlages trotz neuer technologischer Möglichkeiten unverfügbar, wie beispielsweise der rheinland-pfälzische Innenminister Roger Leventz in Anschluss an den Amoklauf von Trier am 1.12.20 feststellte: „Wir leben in einer sehr freien Gesellschaft. Wenn das Auto zur Mordwaffe wird, dann ist es schwierig zu sagen als Staat, das können wir zu 100% unterbinden. Nein, das können wir nicht.“ (Müller 2020).

Es sind nicht nur historisch gewachsene gesellschaftliche Normen, wie die von Leventz genannte Freiheit, die eine umfassende Kontrolle der Bürger:innen verbieten. Darüber hinaus liegt die Unverfügbarkeit von Sicherheit in der Vulnerabilität menschlicher Existenz selbst begründet (Turner 2006). Obwohl, wie oben gezeigt, auch Vertreter:innen der Sicherheitskräfte anerkennen, dass Sicherheit bis zu einem gewissen Grad unverfügbar bleiben muss, werden die Möglichkeiten zumindest gradueller Verfügbarmachung von Sicherheit oftmals gerade im Nachgang von Anschlügen debattiert. Spätestens mit dem Attentat vom 11. September 2001 in New York sowie den folgenden größeren Anschlügen in Europa (u.a. in London 2005, Madrid 2008 und Paris 2015) wurde Terrorismus in neuer Weise als Gefahr für europäische Gesellschaften thematisiert. Dies resultierte in einer zunehmenden Präsenz und Verankerung des Themas in den nationalen Sicherheitsstrategien und Gesetzgebungen unterschiedlicher Länder (u.a. Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Italien). Neben Über-

wachungstechnologien kamen Maßnahmen sozialer Arbeit zum Einsatz, die der Prävention von Terrorismus dienen sollen. Die britische *Prevent*-Strategie stellt ein Beispiel dafür dar, wie staatliche Behörden in dieses Feld intervenieren und dabei Diskurse um Terrorismus und Sicherheit mit Fragen von Minderheitenpolitik und Zugehörigkeit verknüpfen (Peeck-Ho 2017; 2020). Sie wird in diesem Beitrag mit Blick auf die Entwicklungen der vergangenen 20 Jahre vorgestellt. Dabei wird argumentiert, dass Prozesse der Versicherheitlichung (Buzan et al. 1997) eine Form des gesellschaftlichen Umgangs mit Erfahrungen der Unverfügbarkeit vollkommener Sicherheit darstellen und gezeigt, wie sie mit Phasen der Politisierung, Entpolitisierung und Institutionalisierung bestimmter Diskurse einhergehen, die über das Feld Sicherheitspolitik hinausweisen.

2. Terroranschläge als Erfahrung des Unverfügbaren

Gerade im direkten Nachgang von Anschlägen ist der Umgang mit Terrorismus oft von einem Alarmismus geprägt, der deutlich macht, dass es sich hier um eine Erfahrung des Unverfügbaren im Sinne dessen handelt, dass es „im Vollzug seiner leiblichen Vermittlung unbestimmt ist, wie mit den von ihr provozierten Irritationen umgegangen werden kann und/oder soll“ (Block 2022, 35). Damit wird deutlich, dass es um mehr geht, als um ein rein diskursives Geschehen, sondern dass die Irritation insbesondere das Erleben eines Anschlages betrifft. Nur so wird verständlich, dass Menschen rational wissen können, dass die Gefahr von einem Terroranschlag betroffen zu sein in Westeuropa (beispielsweise im Vergleich zur Gefahr in einem Verkehrsunfall umzukommen) relativ gering ist, kurzfristige Reaktionen darauf aber oftmals ausfallen, als wäre eine sofortige Handlung unabdingbar. Die Erfahrung, potenzielles Opfer einer Bedrohung sein zu können, die nicht alltäglich ist, stellt insofern eine Bedingung für die im weiteren Verlauf einsetzenden Prozesse der Versicherheitlichung dar. Das Moment der Bedrohung wird zwar in unterschiedlicher Weise vermittelt, beispielsweise durch Nachrichten, politische Diskurse und andere Formen der Kommunikation über die Ereignisse. Dennoch bleibt ein Moment unmittelbarer Bedrohung erhalten, das dazu beiträgt, dass ein Umgehen demokratischer Entscheidungsfindung konsensfähig wird.

Das Phänomen Terrorismus, wie wir es heute kennen, kann auf die mit der Modernisierung verbundenen gesellschaftlichen Veränderungen und Konflikte zurückgeführt werden. Allgemein gebräuchlich wurde der Begriff

im Zusammenhang mit der französischen Revolution und der als *régime de la terreur* bezeichneten Herrschaft der Jakobiner in Frankreich zwischen 1793 und 1794. Deren Ziel war es in Folge der politisch unruhigen ersten Revolutionsjahre wieder gesellschaftliche Ordnung herzustellen, was zur Folge hatte, dass zahlreiche politische Gegner hingerichtet oder auf andere Weise handlungsunfähig gemacht wurden. Der Staat und die politische Ordnung stehen hier also zunächst im Zentrum dessen, was als „Schrecken“ (*terreur*) bezeichnet wird und der Begriff Terror wird von Seiten der Revolutionsregierung unter Robbespierre als Notwendigkeit zur Herstellung von Demokratie betrachtet. Die Hauptkontinuität im Vergleich mit heutigen Bewegungen ist die Legitimationsgrundlage der Anwendung von Gewalt, die der Herstellung einer besseren Gesellschaft dienen soll (Hoffman 2002, 16-17). In den Jahrzehnten danach, wurde die Frage der Legitimität von Gewaltanwendung für die Durchsetzung politischer Interessen im Rahmen unterschiedlicher politischer Projekte debattiert (Hoffman 2002, 18-19). Terrorismus kann aus dieser Perspektive als spezifische Form der Kommunikation verstanden werden, die „zu interessierende Dritte“ (Münkler 2002) braucht. Sie sind die Adressat:innen der Erklärungen und Manifeste, die im Kontext von Anschlägen veröffentlicht werden und in denen regelmäßig darauf verwiesen wird, dass sich der Kampf gegen die Unterdrückung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen richtet. Zu interessierende Dritte fungieren insofern als „Legitimitätsspender“ (Münkler 2002, 181).

Während die Vorstellung des zu interessierenden Dritten klare Freund-Feind-Schemata impliziert, ist für die hier diskutierte Frage eine vergleichsweise neue Entwicklung interessant: Im Zuge der kolonialen Befreiungsbewegungen des 20. Jahrhunderts wird zunehmend diffus, für welche gesellschaftlichen Gruppen gekämpft wird und wer zum Opfer wird. Weil Anschläge weniger gezielt auf einzelne Personen verübt werden, können prinzipiell alle, die zur falschen Zeit am falschen Ort sind, zum Opfer werden und zwar unabhängig davon, ob sie die Ziele der Terrorist:innen teilen (Münkler 2002, 184ff). Die Bedeutung der zu interessierenden Dritten hat sich, folgt man dem Autor, zudem gewandelt. Einen entscheidenden Unterschied sieht er in der Kontur der Figur selbst, die sich in neuerer Zeit gewandelt habe. Während die anarchistischen Gruppen im Russland des 19. Jahrhunderts oder die linksextremistischen Gruppen in den 70er und 80er Jahren des 20. Jahrhunderts davon ausgegangen seien, dass die zu interessierenden Dritten bereits vorhanden waren, sind die Linien im aktuellen Terrorismus weniger deutlich:

„Erstere haben den zu interessierenden Dritten stets als vorhanden angesehen und sind lediglich von seiner Aktivierungsbedürftigkeit ausgegangen; in den neuen Formen des Terrorismus dagegen soll dieser Dritte nicht bloß aktiviert, sondern als politische Größe überhaupt erst hervorgebracht werden.“ (Münkler 2002, 181-182).

Folgt man dieser These, dann ist die Subjektposition des zu interessierenden Dritten also durch zwei Entwicklungen geprägt, die dafür sorgen, dass sie zunehmend verschwimmt: Neben der affektiv erlebten Zunahme einer potenziellen Gefahr durch Terrorist:innen, scheinen auch die Selbstverständlichkeiten der Terrorist:innen selbst in Frage zu stehen, weil klare Zuschreibungen von Betroffenheit durch bestimmte gesellschaftliche Missstände neue Schwierigkeiten mit sich bringen. In anderen Worten: War es im 19. Jahrhundert plausibel und selbsterklärend sich auf Klasse als Ungleichheitskategorie zu berufen, Freund:innen und Feind:innen entsprechend relativ einfach identifizierbar, dann müssen viele der Terrorist:innen heute damit umgehen, dass Gruppenzugehörigkeiten diverser und weniger eindeutig sind. Auch deshalb ist es schwierig klare Freund:in-Feind:in Bilder zu schaffen. Erfahrungen des Unverfügbaren nehmen im Kontext neuerer Entwicklungen im Feld potenziell also zu und nicht ab. Die Versicherheitlichung, wie sie im folgenden Absatz im Detail erläutert und danach anhand der britischen Antiterrorstrategie diskutiert wird, ist ein Beispiel dafür, wie dieser Wandel im Rahmen politischer Maßnahmen gegen Terrorismus adressiert wird.

3. Versicherheitlichung als Strategie der Verfügbarmachung

Mit der Theorie der Versicherheitlichung haben Vertreter:innen der *Copenhagen School of security studies* um Barry Buzan und Ole Weaver das Feld der *Security Studies* um einen bis dato neuen Ansatz bereichert. In diesem Rahmen werden sicherheitspolitische Fragen als Fragen von Politisierung und Entpolitisierung behandelt. Versicherheitlichung bezeichnet einen Prozess, in dem ein öffentlicher Gegenstand sprachlich dem Bereich der demokratischen Aushandlung entzogen wird. Für Buzan, Waever und de Wilde handelt es sich um eine Steigerung von Politisierung:

„In theory, any public issue can be located on the spectrum ranging from nonpoliticized (meaning the state does not deal with it and it is not in any other way made an issue of public debate and decision), through

politicized (meaning the issue is part of a public policy, requiring government decision and resource allocations or, more rarely, some other form of communal governance) to securitized (meaning the issue is presented as an existential threat, requiring emergency measures and justifying actions outside the normal bounds of political procedure).” (Buzan et al. 1997, 23-24).

Es geht also um die Art und Weise, wie ein bestimmtes Feld, ein Problem oder ein Thema im öffentlichen Diskurs gerahmt und präsentiert wird. Die von den Autoren vorgeschlagene Dramaturgie, Sicherheit als eine Steigerung von Politisierung zu betrachten, wird hier ausdrücklich nicht geteilt, da sie einem eng auf den Staat zentrierten Begriff des Politischen entspricht und den Kern des Prozesses aus meiner Sicht nicht erfasst. Zum einen ist einzuwenden, dass Versicherheitlichung dafür sorgt, dass Themenfelder der politischen Aushandlung entzogen werden und Politisierung insofern nicht ‚gesteigert‘ wird. Im Gegenteil, langfristig handelt es sich um eine Entpolitisierung, weil die Einschränkung von Kontingenz Mittel und Legitimationsweise von Versicherheitlichung ist. Zum anderen behandle ich Versicherheitlichung nicht als einzelnen Sprechakt, sondern als diskursive Strategie und langwierigen Prozess, in dessen Rahmen Phasen der Politisierung und Entpolitisierung identifiziert werden können, die letztendlich eine Institutionalisierung bestimmter Diskurse mit sich bringen. Der grundlegende Mechanismus, den die Autoren ansprechen, sowie das Ziel, demokratische Aushandlungsprozesse um die Adressierung von terroristischen Bedrohungen einzuschränken, bleiben jedoch zentral. Daher ist es nach wie vor sinnvoll, den Bezug auf das Konzept beizubehalten. Versicherheitlichung ist eine diskursive Strategie, gleichzeitig ist es hilfreich eben die Arten und Weisen, wie Themen diskursiv aufgegriffen werden, zumindest im ersten Schritt von den konkreten politischen Maßnahmen zu trennen, die durch sie legitimiert werden sollen. Auf diese Weise wird es auch möglich unterschiedliche Phasen zu identifizieren, die letzten Endes in einer Institutionalisierung von Versicherheitlichung münden, ohne dass sie auf sprachlicher Ebene in der gleichen Art und Weise artikuliert werden, wie sie durch die damit verbundenen Praxen wirksam sind.

Neben analytischen Zugängen, die Terrorismus einen spezifischen Charakter und Zielsetzungen zuschreiben (Waldmann 2005, 12), fokussieren diskursanalytische Zugänge unter anderem auf die Funktionen der Kennzeichnung eines Aktes als Terrorismus. Sie dient dessen Delegitimierung und stellt in sich bereits eine Form von Entpolitisierung dar, denn Terro-

rist:innen gelten gemeinhin nicht als legitime politische Verhandlungspartner:innen. Wenn darüber hinaus eine Dringlichkeit von Maßnahmen gegen diese Gefahr im Diskurs eine Rolle spielt, dann ist das ein Anzeichen dafür, dass hier Versicherheitlichung vorliegt, insbesondere dann, wenn sie – unabhängig von tatsächlicher Gefährdungslage – als akute Gefahr dargestellt wird. Versicherheitlichung kann dann als ein Anschluss an die Erfahrung des Unverfügbaren und als Strategie der Verfügbarmachung gelesen werden, die entpolitisiert und es so ermöglicht das Problem auf ganz bestimmte Weise – eben als Sicherheitsproblem – zu thematisieren und verfügbar zu machen. Damit einher geht auch, dass es sich um eine Form von Entdemokratisierung handelt, denn mit der Adressierung als Sicherheitsproblem wird eine Dringlichkeit suggeriert, die langwierigen demokratischen Aushandlungsprozessen eher entgegensteht. Es geht darum, Maßnahmen zu rechtfertigen, die unter anderen Umständen nicht akzeptiert würden. Je nach diskursivem Rahmen erscheinen gesellschaftliche Phänomene, wie in diesem Fall ein Terroranschlag als etwas, was prinzipiell verfügbar, weil ‚in den Griff zu bekommen‘ ist, oder sie entziehen sich. Im Kontext des so genannten ‚War on Terror‘ wurden rechtsstaatliche Prinzipien ausgesetzt, um potenziell Verdächtige identifizieren, inhaftieren und foltern zu können (Nowak 2006). Diese Maßnahmen waren hochumstritten und nur denkbar, weil sie im Zuge von Versicherheitlichung umgesetzt wurden. Versicherheitlichung als Strategie der Verfügbarmachung ist insofern auch als Form der Entdemokratisierung zu verstehen.

4. Das Fallbeispiel – Drei Phasen der Versicherheitlichung im Rahmen der Britischen Antiterrorstrategie

Die britische *Prevent*-Strategie wurde bereits 2003 als Teil der Antiterrorstrategie *CONTEST* eingeführt (Qurashi 2018), gewann aber in Folge der Anschläge auf den öffentlichen Nahverkehr in London im Juli 2005 an Bedeutung (siehe auch: Peek-Ho 2022). Erklärtes Ziel der Strategie ist es, Menschen davon abzuhalten Terrorismus zu unterstützen oder selbst zu Terrorist:innen zu werden, wobei zunächst „violent extremism“ also Gewaltbereitschaft adressiert werden sollte und seit einigen Jahren ganz unterschiedliche Formen von Extremismus in den Blick geraten (Fernandez 2018; HM Government 2018). *Prevent* umfasst entsprechende Maßnahmen, in deren Rahmen Radikalisierungsprozesse früh erkannt und verhindert werden sollen. Neben Überwachungsmaßnahmen, wie die Kameraüberwa-

chung im öffentlichen Raum zahlreicher britischer Städte, waren das gerade in den ersten Jahren insbesondere Maßnahmen sozialer Arbeit, die präventiv die muslimische Community im Land adressieren sollten, beispielsweise mit muslimischen Frauen und Jugendlichen. 2011 wurden zumindest auf dem Papier weitere Gruppen einbezogen, wobei insbesondere Rechtsextremismus eine Rolle spielt. Dies kann auch als eine Reaktion auf die Kritik an den muslim:innenfeindlichen Tendenzen der Strategie gelesen werden, die u.a. deshalb auf Widerstand stieß, weil Muslim:innen sich unter Generalverdacht gestellt sahen. Seit 2015 hat sich der Fokus verschoben und das Programm wurde mit dem „Education Act“ (Department of Education 2015) weitgehend in den Bildungsbereich verlagert. Eine Folge davon ist, dass Bildungsinstitutionen – beginnend vom Kindergarten – seither aufgefordert sind zu melden, wenn ein Verdacht besteht, dass Kinder, Jugendliche oder deren Umfeld ‚radikalisiert‘ werden könnten (Peeck-Ho 2020). Aufgrund des beschränkten Rahmens in diesem Text, ist es nicht möglich die Entwicklungen der *Prevent*-Strategie im Detail nachzuzeichnen. Stattdessen werden sie anhand der Identifikation dreier Phasen von Versicherheitlichung schlaglichtartig und mit besonderem Blick auf damit verbundene Dynamiken der Adressierung von Unverfügbarkeit beschrieben. In diesen wird die Irritation in Folge eines Anschlages sowie die Politisierung und Institutionalisierung der damit verbundenen Diskurse voneinander getrennt. In all diesen Phasen finden sich Aspekte von Entpolitisierung, so dass ich davon ausgehe, dass dieser Aspekt Versicherheitlichungsprozessen generell zu Grunde liegt. Damit gehe ich über die bestehende Literatur zum Konzept insofern hinaus, dass ich Versicherheitlichung nicht in erster Linie als Sprechakt adressiere, sondern als gesellschaftlichen Prozess, der mit Phasen der Politisierung und Entpolitisierung einhergeht und dessen Haupteffekt in der Institutionalisierung bestimmter Diskurse und damit verbundener Maßnahmen liegt.

4.1 Phase I: Irritation - Verletzlichkeit als Erfahrung des Unverfügbaren

Wenn Terroranschläge mit Erfahrungen des Unverfügbaren einhergehen, dann hängt das unter anderem mit einer Verletzlichkeit zusammen, die in der menschlichen Existenz selbst angelegt ist, die im Alltag aber meist nicht reflektiert wird. Bryan Turner argumentiert, dass soziale Organisation selbst ein Resultat dieser Verletzlichkeit darstellt, wenn er mit Blick

auf die Funktionsweisen von Citizenship feststellt, dass Gesellschaft durch Fragilität geprägt ist:

“Because we are biologically vulnerable, we need to build political institutions to provide for our collective security. These institutions are themselves precarious, however and cannot work without effective leadership, political wisdom, and good fortune to provide an enduring and reliable social environment. Rituals typically go wrong; social norms offer no firm blueprint for action. The guardians of social values – priests, academics, lawyers, and others – turn out to be open for corruption, mendacity, and self-interest. Yet the afflictions and uncertainties of everyday life also generate intersocietal patterns of dependency and connectedness, and in psychological terms, this shared world of risk and uncertainty results in sympathy, empathy, and trust, without which society would not be possible. This contradictory and delicate balance between scarcity, solidarity, and security characterizes all social life.” (Turner 2006, 26).

Gesellschaft und damit verbunden auch politische Institutionen können aus dieser Perspektive als ein Effekt der Bewältigung von Unsicherheit verstanden werden. Zugleich macht der Autor deutlich, dass es sich um eine relativ fragile Balance handelt, die auf der gemeinsamen Erfahrung und Bewältigung von Unsicherheit basiert. Wird diese Balance gestört, dann kann das als Erfahrung des Unverfügbaren wahrgenommen werden, wie die ersten Reaktionen auf die Terroranschläge vom 7. Juli 2005 in London zeigen. Der ehemalige Polizeipräsident von West Yorkshire Norman Bettison, fasst diese Stimmung und das Gefühl eines Irritationsmomentes unmittelbar nach dem Anschlag wie folgt zusammen:

They [the perpetrators of 7/7] were the first suicide bombers to have targeted the UK. [...] Al Qaeda-inspired terrorism was no longer a distant threat, but an attack at the very heart of the UK. Even more shocking was the discovery, within 108 hours, that the bombers were each born in the UK and had been living, working and, in the case of two of them, raising a family in these shores. (Bettison 2009, 129).

Die Tatsache, dass es Briten waren, die diese Akte begangen hatten, löste breite gesellschaftliche Debatten darum aus, wie es dazu hatte kommen können, dass Menschen, die in Großbritannien aufgewachsen waren, zu Terroristen werden konnten. Hier scheint ein Moment der Unverfügbaren

auf, das von Akteuren im Feld auf die neu wahrgenommene ‚innere‘ Bedrohung zurückzuführen ist.

Die Markierung als ein schockierendes Erlebnis verweist darauf, wie Unverfügbarkeit im Kontext eines nicht erwarteten Terroranschlages erlebt wird. Gesellschaftlich wurde sie im vorliegenden Fall auf eine Weise bearbeitet, die weit über das Feld Terrorismus hinaus geht: Fragen gesellschaftlicher Zugehörigkeit (*belonging*), der britischen Lebensweise und sozialem Zusammenhalt wurden aufgegriffen und sorgten dafür, dass der Diskurs um Terrorismus und seine Bearbeitung sich grundlegend veränderte. Dabei wurde nicht nur die Frage, was es bedeutet britisch zu sein, neu und öffentlich verhandelt (u.a.: Kundnani 2007), es wurden auch innerhalb kürzester Zeit Vorschläge für Maßnahmen zum Umgang mit Terrorismus gemacht (Home Office 2005), die in den darauf folgenden Jahren regional und thematisch angepasst umgesetzt werden sollten (DCLG 2007a; 2007b; 2008; HM Government 2008a; 2008b; 2009; 2011a; 2018). Diese Maßnahmen adressierten unter anderem muslimische Jugendliche und Frauen und wurden zunächst unter der Ägide des *Department for Communities and Local Government* umgesetzt, das für Fragen gesellschaftlichen Zusammenhaltes zuständig ist. Das Themenfeld Sicherheit wurde also in einem vergleichsweise kurzen Zeitraum mit Debatten um Zugehörigkeit und *Britishness* verknüpft, die bereits vorher existiert hatten und als gesellschaftliches Problem wahrgenommen wurden (Githens-Mazer und Lambert 2011). Die Repräsentationen von Muslim:innen in Großbritannien veränderten sich in diesem Zuge, wobei insbesondere junge muslimische Männer als potenzielle Gefahr wahrgenommen wurden (Dwyer et al. 2008). Nach 2011 wurden dies vor dem Hintergrund kritischer Interventionen aus der Zivilgesellschaft, sowie einer Evaluation der bestehenden *Prevent*-Strategie (HM Government 2011) angepasst und verändert. Das Ergebnis waren die Strategien von 2011 (Home Office 2011) und 2018 (HM Government 2018), sowie der oben genannte Education Act von 2015 (Department of Education 2015). Die Irritation, die der Terroranschlag ausgelöst hat, wurde also gesellschaftlich verarbeitet, indem zeitnah konkrete Maßnahmen eingeführt wurden. Diese wurden erst mit ihrer Implementation zu einem Gegenstand politischer Verhandlung, so dass die Politisierung des Themas quasi nachrangig stattfand, wie im folgenden Abschnitt ausgeführt wird.

4.2 Phase 2: Politisierung

Die Einführung von Maßnahmen, die Anschläge verhindern sollen und gleichzeitig Diskurse um Zugehörigkeit aufgreifen, weist auf Fragen von Exklusion und Inklusion, die zwar gesellschaftlich debattiert wurden, auf die aber besonders muslimische Aktivist:innen und Wissenschaftler:innen aufmerksam gemacht haben. Gerade in der Anfangszeit von *Prevent* schlug sich die enge Verbindung von Islam und Terrorismus darin nieder, dass Gelder für Präventionsmaßnahmen entweder nur Vereinen zugänglich gemacht wurden, die sich als ‚muslimisch‘ definierten oder anhand der Zahl von Muslim:innen in bestimmten Stadtteilen berechnet wurden (Kundnani 2009, 13 ff). *Prevent*-Maßnahmen wurden entsprechend von unterschiedlichen Seiten, darunter muslimischen Organisationen, Verbänden und Wissenschaftler:innen, scharf kritisiert, weil die Befürchtung bestand, dass Freiheitsrechte beschnitten und bestimmte gesellschaftliche Gruppen, insbesondere Menschen, die als Muslim:innen wahrgenommen werden, dadurch von verstärkter Diskriminierung betroffen seien (Kundnani 2009; Peeck-Ho 2017). Diese Debatten schlugen sich auch in den Organisationsstrukturen von Minderheitenorganisationen nieder: Diese sahen sich im Zuge der zuvor staatlich geförderten multikulturellen Politiken mit Finanztopfen konfrontiert, die Maßnahmen für Muslim:innen ermöglichen sollten und andere Formen der Organisation (beispielsweise über *race*-Kategorien oder nationale Bezüge) nicht vorsahen. Gerade die Entstehung zahlreicher muslimischer Frauenorganisationen in der Zeit zwischen 2005 und 2010 kann als ein Ergebnis dieser Entwicklung betrachtet werden. Ein Blick auf diese Organisationen zeigt auch, dass es innerhalb des Feldes sehr unterschiedliche Positionen zum Programm gab. Die folgenden zwei Zitate aus einer Studie, die ich 2013 zum Thema durchgeführt habe, zeigen, wie unterschiedlich die Einschätzung des Einflusses der Strategie in dieser Zeit wahrgenommen wurde. Im Interview beschreibt Banan, eine Aktivistin, die in einem der wenigen Vereine aktiv ist, die bereits seit den 1980er Jahren existieren, ihre Erfahrung mit *Prevent* wie folgt:

I went to a police meeting and they said ‚You know, as mothers you should go and inspect your children’s pockets and see what they are up to, see if they are into terrorism’. But anyway the point is that they wanted us to spy on our children. (Interview, Banan, 2013).

Das Zitat ist Teil eines Interviews, in dem Banan den Einfluss von *Prevent* für Muslim:innen in Großbritannien problematisiert, weil die Strategie –

entgegen ihres festgelegten Ziels, generell den Zusammenhalt in den muslimischen Communities und spezieller die öffentliche Sichtbarkeit muslimischer Frauen zu stärken – Konflikte befördere. Entgegen dieser Sichtweise, die in vielen der Aussagen von Akteur:innen im Feld zum Ausdruck kam, argumentiert eine junge Aktivistin, die in einem Verein aktiv ist, der erst seit kurzem existiert und mit *Prevent*-Geldern arbeitet. Aus ihrer Perspektive stellen diese neuen Finanzierungstöpfe, ebenso wie Kooperationen mit den Sicherheitsbehörden, eine große Chance für die Sichtbarkeit muslimischer Frauen dar.

Interviewer: “Do you think that Prevent changed the conditions of Muslim women's activism in the UK?”

Djamila: I think it DID. I think it was just what we needed, because from my point of view Muslim women were just ignored totally. And there were a lot of issues that just weren't addressed, so Prevent gave us a platform really. (Interview, Djamila, 2013).

Der Kontrast zwischen beiden Zitaten weist darauf hin, dass *Prevent* in dieser Zeit alles andere als einhellig aufgenommen wurde. Die Debatten um das Feld waren entsprechend auch unter Muslim:innen konfliktbehaftet. Die hier zitierten muslimischen Aktivist:innen, speziell die zweite Interviewpartnerin Djamila, lösen die Verbindung zwischen Sicherheitspolitik mit weiteren gesellschaftlichen Konflikten nicht auf. Es handelt sich in diesem Falle um die seit den 1990er Jahren wiederholt auftretenden Konflikte darum, wer Muslim:innen in Großbritannien legitim repräsentieren kann und welche Rolle Frauen hier spielen (u.a. Burlet und Reid 1998).

Konflikte um die Wirksamkeit, die Zielsetzungen und weitere Intentionen des Programmes wurden zwischen Akteur:innen innerhalb der muslimischen Community und darüber hinaus in Frage gestellt. Ein Ergebnis dieser Prozesse war der offene Brief, den Shaista Gohir, ein prominentes Mitglied der von der Regierung eingesetzten Muslim Women's Advisory Group, 2010 veröffentlichte. In diesem kritisierte sie neben Bedenken in Hinblick auf die Auswahl der Mitglieder dieser Gruppe und einer aus ihrer Sicht fehlenden Strategie im Umgang mit muslimischen Frauen in Großbritannien auch die Verknüpfung mit der *Prevent*-Strategie.

Despite initial reservations about linking Muslim women to the prevent agenda, I supported it in the expectation that it could act as catalyst to empower women attempting to tackle the many wider issues that impact

their daily lives. Having been on the NMWAG for over two years, I now feel the initiative was a political fad. (Gohir 2010).

Die Neuorientierung des Programmes 2011 ist auch ein Ergebnis dieser Politisierung des Themas. Insbesondere gilt dies für den zunehmenden Fokus auf Individuen, denen zugeschrieben wird besonders in Gefahr zu sein, sich radikalen Ideen zuzuwenden, und die im Rahmen der so genannten *CHANNEL Initiative* seitdem gezielt adressiert werden (Carlile 2011, 43), da damit deutlich wurde, dass der Fokus auf Organisationen und Bevölkerungsgruppen starke Widerstände hervorruft. Seit 2011 fungiert das Innenministerium als zuständige Behörde und neben Muslim:innen stehen Rechtsextreme als potenzielle Gefahr für die Sicherheit Großbritanniens im Fokus (Home Office 2011). Auch die Maßnahmen verändern sich in dieser Zeit. Viele der Organisationen, die sich zunächst mit *Prevent*-Geldern finanziert hatten oder aus Initiativen um das Programm entstanden sind, verschwinden wieder. Andere entscheiden sich dafür, die Kooperation mit den staatlichen Behörden einzustellen, keine *Prevent*-Gelder zu verwenden oder diese für Maßnahmen einzusetzen, die allen Anwohner:innen eines Stadtteils zu Gute kommen, beispielsweise Angebote für Jugendliche, die nicht primär dem Ziel dienen Terrorismus zu verhindern. Damit scheint die breite Kritik an *Prevent* erfolgreich zu sein, gleichzeitig ist festzustellen, dass die Verknüpfung von Sicherheit und Islam nicht rückgängig gemacht wird. Nach wie vor werden hohe Summen für Maßnahmen genutzt, die Muslim:innen im Fokus haben. Beispielhaft ist hier das *Shanaz Netzwerk* (Khan 2012), in dessen Rahmen weibliche muslimische ‚community leaders‘ mit der Polizei zusammenarbeiten sollten und das innerhalb eines Jahres und weniger Monate nach seiner Gründung 2012 beendet wurde. Zudem wird es zunehmend schwierig, Informationen über Geldzuwendungen und Inhalte von Aktivitäten zu bekommen. War es unter der Ägide des *Department for Communities and Local Government* üblich, Berichte und Fallstudien zu veröffentlichen, ändert sich das mit der Überführung in die Zuständigkeit des Innenministeriums (Norris 2015; Peeck-Ho 2020). Die Strategie wird als solche intransparenter und die politische Aushandlung um den Sinn und die Legitimität von Maßnahmen auf eine kleinere Anzahl von Akteur:innen beschränkt. Versteht man Versicherheitlichung nicht als einzelnen Sprechakt, sondern als Prozess, der über einen längeren Zeitraum stattfinden kann, wird deutlich, dass es sich nicht einfach um einen Akt der Entpolitisierung handelt, sondern Phasen der Politisierung des

Feldes beinhaltet, beispielsweise wenn sicherheitspolitische Maßnahmen gesellschaftlich debattiert und angepasst werden.

4.3 Phase 3: Die Institutionalisierung der Verknüpfung von Sicherheitspolitik und Islam

Es wurde wiederholt darauf aufmerksam gemacht, dass mit *Prevent* gesellschaftliche Bereiche verhandelt wurden, die nicht unmittelbar mit dem Feld Sicherheit in Verbindung stehen. Besonders tritt die Verknüpfung von Islam und Terrorismus hervor, die zwar immer wieder in Frage gestellt wird, sich jedoch kontinuierlich durch Maßnahmen zieht. Insofern kann zwar diskursiv – zumindest bis zu einem gewissen Grad – der Versuch festgestellt werden, die exkludierenden Effekte von *Prevent* abzuschwächen, wie beispielsweise in der Einführung von Rechtsradikalismus als Handlungsfeld deutlich wird. In den Maßnahmen schlägt sich das aber nur sehr begrenzt nieder, sodass eine Institutionalisierung sicherheitspolitischer Deutungsmuster und damit verbundener soziale Grenzziehungen festgestellt werden kann. Dies wird besonders mit Blick auf den *Education Act* von 2015 deutlich. Er sieht vor, dass Bildungsinstitutionen aktiv in die *Prevent*-Arbeit einbezogen werden:

In order for schools and childcare providers to fulfil the Prevent duty, it is essential that staff are able to identify children who may be vulnerable to radicalisation, and know what to do when they are identified. Protecting children from the risk of radicalisation should be seen as part of schools' and childcare providers' wider safeguarding duties, and is similar in nature to protecting children from other harms (e.g. drugs, gangs, neglect, sexual exploitation), whether these come from within their family or are the product of outside influences. (Department of Education 2015, 5).

An die Stelle von gezielten Maßnahmen, die sich an einzelne Gruppen richten, tritt mit der *Prevent Duty* eine Verankerung des Themas im Bildungswesen, sodass *Prevent*-Maßnahmen zu Eingrenzung von Radikalisierung nun vorwiegend über das *Channel*-Programm umgesetzt werden. Obwohl die zuständigen Ministerien immer wieder darauf verweisen, dass hier keine speziellen Glaubensrichtungen im Fokus stehen, fällt auf, dass Personen, die aufgrund einer angenommenen islamistischen Radikalisierung in den Fokus von *Channel* geraten, nach wie vor eine große Gruppe bilden. Im

Bericht von 2023 werden für die Jahre 2021/22 19% der gemeldeten Fälle entsprechend gekennzeichnet, was 156 Personen entspricht (Home Office 2023). Beobachter:innen der Strategie sehen darin eine Institutionalisierung von Muslim:innenfeindlichkeit, die sich trotz aller Kritiken an den stigmatisierenden Wirkungen dieser engen Verbindung grundsätzlich verankert hat. Im Gegenteil habe die Entwicklung des Programms dafür gesorgt, dass sie im Bildungswesen, in der Verwaltung sowie im National Health Service verbreitet sei und die Exklusion von Muslim:innen befördere (Qurashi 2021).

Die These der Institutionalisierung einer diskursiven Verbindung zwischen Islam und Terrorismus erscheint vor dem Hintergrund der hier skizzierten Entwicklung durchaus plausibel. Während Muslim:innen nicht mehr die einzigen sind, die als potenzielle Gefährder:innen in Erscheinung treten können, haben gerade die Ausweitung der Strategie und die damit verbundenen neuen Definitionen davon, was als Extremismus behandelt werden kann, neue Problemlagen mit sich gebracht. Auch andere gesellschaftliche Gruppen können nun in *Prevent*-Maßnahmen geraten, gleichzeitig kann schon ein fehlendes Bekenntnis zur britischen Nation zum möglichen Indikator für Radikalisierung werden (Fernandez 2018, 168). So scheint gerade die Einbindung von Bildungsinstitutionen dazu zu führen, dass Präventionsarbeit ganz bestimmte Vorstellungen davon zu Grunde legt, wie sich Menschen verhalten, die in der Zukunft einen Terroranschlag begehen könnten. Fernandez untersucht auf dieser Basis, wie nicht nur der öffentliche Raum zum Aushandlungsort für Fragen von Zugehörigkeit wird, sondern kritisiert, dass *Prevent* ins Private eindringt und das ‚muslimische Zuhause‘ von einem Ort, der Rückzug und Privatheit verspricht, zu einem Raum wird, den es im Sinne der Antiterrormaßnahmen zu überwachen gilt, „a space that is increasingly treated as a pre-crime space“ (Fernandez 2018, 178). Die Versicherheitlichung weist in diesem Falle über das öffentlich politische Verhandeltbare hinaus. Gerade im Zuge der Institutionalisierung einer Verbindung von Islam und Terrorismus zeigt sich, dass es sich um einen langfristigen Prozess handelt, der Sozial- und Bildungspolitik mit Sicherheit verknüpft, die davon nicht unmittelbar betroffen zu sein scheinen. Das, so nehme ich an, hängt mit der oben skizzierten Problematik zusammen, dass Versicherheitlichung als Strategie der Verfügbarmachung von etwas, das prinzipiell nicht verfügbar ist, relativ viel Spielraum lässt, um unterschiedliche Themen damit zu besetzen.

5. Schlussfolgerungen

Terrorismus, so wie wir ihn heute begreifen, ist also ein modernes Phänomen, das wesentlich mit bestimmten Benennungspraxen zu tun hat, die ein Phänomen als Terrorismus und damit sicherheitsrelevant darstellen. Es handelt sich insofern um einen politischen Begriff, der dazu dient bestimmte Positionen innerhalb von Diskursen zu delegitimieren. Damit eignet sich das Beispiel in besonderer Weise, um daran Versicherheitlichung als einen Prozess zu untersuchen, der in bestimmten Phasen abläuft, dazu dienen soll Sicherheit verfügbar(er) zu machen und in diesem Zuge unterschiedliche gesellschaftliche Felder und Konflikte mit Sicherheitspolitik verbindet. Vor dem Hintergrund einer Auseinandersetzung mit dem gesellschaftlichen Umgang mit dem Phänomen, wie sie in diesem Band geleistet werden soll, stellt sich die Frage, inwieweit Versicherheitlichung auch in anderen Feldern als Anschluss an Erfahrungen des Unverfügbaren fungieren kann, sofern diese als Gefahr schematisiert werden können. Der Entzug des Phänomens aus dem Feld des politisch Verhandelbaren hat den, von Buzan und seinen Kolleg:innen festgestellten Effekt, demokratische Aushandlungsmöglichkeiten zu begrenzen, schafft aber zugleich neue Möglichkeiten, die Frage von Sicherheit aus anderen gesellschaftlichen Bereichen heraus zu bearbeiten. Wie das Beispiel der *Prevent*-Strategie zeigt, ist das einerseits ein *Ergebnis der gesellschaftlichen Erfahrung von Unverfügbarkeit im Kontext konkreter Anschläge*, weil Handlungsoptionen gesucht werden. *Langfristig kann es allerdings zu einer Grundlage für die Diskriminierung bestimmter Bevölkerungsgruppen werden*, in diesem Falle britischer Muslim:innen, die zwar nur in den Anfangsjahren die Hauptfokusgruppe stellten, aber bis heute mit *Prevent* assoziiert werden. Insofern ist festzustellen, dass diese Form der Verfügbarmachung neue Unverfügbarkeiten schafft, weil die Etablierung der Verknüpfung von Sicherheitspolitik und Islam als Legitimationsgrundlage für die Art und Weise dient, wie Muslim:innen in Großbritannien gesellschaftlich positioniert sind. Die damit verbundenen Stereotype können nicht einfach rückgängig gemacht werden.

Prozesse der Versicherheitlichung dienen dazu, an das Erleben des Unverfügbaren von Sicherheit politisch anzuschließen, führen aber zugleich zu einer Entpolitisierung des Feldes, da sie Handlungsbedarf suggerieren. Es handelt sich somit um eine Form der Unverfügbaren, die sich wesentlich in der sozialen Dimension zeigt und die gesellschaftlich adressiert wird. Im Zusammenhang mit Sicherheit werden sowohl die prinzipielle Unverfügbarkeit von vollkommener Sicherheit als Effekt der Fragilität menschl-

cher Existenz selbst, als auch die Frage danach, warum bestimmte Felder ausdrücklich als Sicherheitsphänomene thematisiert werden, adressiert. Versicherheitlichung, so wird hier argumentiert, bezeichnet dabei nicht nur einen Sprechakt, der Phänomene entpolitisiert, sondern ist vielmehr ein langfristiger Prozess, in dem die Irritation, die in Folge eines Terroranschlages entsteht, gesellschaftlich bearbeitet wird. Im vorliegenden Beispiel konnte gezeigt werden, dass dieser Prozess mit Phasen der Entpolitisierung und der Politisierung des Themas einhergeht und letzten Endes in einer Institutionalisierung bestimmter Deutungsmuster mündet, die weit über das Feld Sicherheit hinausgehen und beispielsweise Sozial-, Jugend, und Bildungspolitik betreffen. Hier werden darüber nicht nur potenzielle Gefahren, sondern insbesondere Fragen von Zugehörigkeit verhandelt, die umgekehrt bedeuten, dass der gesellschaftliche Ausschluss und die Feindlichkeit gegenüber Muslim:innen als derjenigen Bevölkerungsgruppe, die vorwiegend durch *Prevent* adressiert wird, auf diese Weise legitimiert wird. Ein gesellschaftlich artikuliertes Bedürfnis nach Sicherheit vor terroristischen Anschlägen wird insofern in bestimmte Bahnen gelenkt und verfügbar gemacht. Während vollkommene Sicherheit einerseits prinzipiell unverfügbar ist, lässt sich anhand des Beispiels gut zeigen, dass Diskurse um Phänomene, die als sicherheitsrelevant betrachtet werden, ebenso wie die damit verbundenen Maßnahmen, an ihre jeweiligen gesellschaftstheoretischen Kontexte gebunden sind. Sie können weiterhin als das Ergebnis einer historischen Genese der Bearbeitung des Unverfügbaren betrachtet werden. Das hat im Falle von Terrorismus einerseits mit einer Veränderung des Phänomens an sich zu tun, das mit dem Verschwimmen des ‚zu adressierenden Dritten‘ seit Mitte des 20. Jahrhunderts neue Irritationen hervorruft. Andererseits können daraus Einsichten über die Ordnung der Gewalt (Lindemann 2020) im modernen Nationalstaat gewonnen werden, der maßgeblich durch das staatliche Gewaltmonopol geprägt ist und die Gewalt von nicht staatlichen Akteuren delegitimiert. In Verbindung mit einer Erfahrung des Unverfügbaren im Sinne einer Irritation des Gewohnten durch einen konkreten Anschlag, der gesellschaftlich ver- und bearbeitet werden muss, sind Prozesse der Versicherheitlichung dann ein Mittel des Verfügbarmachens prekärer Sicherheit.

Literatur

Bettison, Norman (2009). Preventing Violent Extremism – A Police Response. Policing: A Journal of Policy and Practice. 3(2): 129-138

- Block, Katharina (2022). Surfen mit Google als Erfahrung des Unverfügbaren. Katharina Block/ Anne Deremetz/Anna Henkel/Malte Rehbein (Hg.). 10 Minuten Soziologie: Digitalisierung. Bielefeld, Transcript, 31-44.
- Burlet, Stacey/Reid, Helen (1998). A Gendered Uprising: Political Representation and Minority Ethnic Communities. *Ethnic and Racial Studies* 21(2), 270-287.
- Buzan, Barry/ Wæver, Ole/de Wilde, Jaap (1997). *Security: A new framework for analysis*. Boulder/London, Lynne Rienner Publishers.
- Carlile, Alex (2011). Report to the Home Secretary of Independent Oversight of Prevent Review and Strategy. Online verfügbar unter https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/97977/lord-carlile-report.pdf (abgerufen am 13.03.2024).
- DCLG (2007a). Preventing Violent Extremism -Winnig Hearts and Minds. London, Department for Communities and Local Government. <https://policycommons.net/artifacts/4318456/preventing-violent-extremism/5128067/> (abgerufen am 08.04.2024)
- DCLG (2007b). Preventing Violent extremism: Community Leadership Fund. London, Department for Communities and Local Government. <http://www.communities.gov.uk/documents/corporate/pdf/430934.pdf> (abgerufen am 11.4.2015)
- DCLG (2008). Preventing violent extremism: Next steps for communities. London, Department for Communities and Local Government. <https://www.counterextremism.org/resources/details/id/41/preventing-violent-extremism-next-steps-for-communities> (abgerufen am 11.4.2015)
- Department of Education (2015). The Prevent duty. Departmental advice for schools and childcare providers. London, Department of Education. Online verfügbar unter: <https://www.dcea.org.uk/site-deanery/assets/files/1593/the-prevent-duty-2015.pdf> (abgerufen am 08.04.2024)
- Dwyer, Claire/Shah, Bindi/Sanghera, Gurchathen (2008). 'From Cricket Lover to Terror Suspect' - Challenging Representation of Young British Muslim Men. Gender, Place and Culture. *A Journal of Feminist Geography*. 15(2), 117-137.
- Fernandez, Shereen (2018). The Geographies of Prevent: The Transformation of the Muslim Home into a Pre-Crime Space. *Journal of Muslims in Europe* 7, 167-189.
- Githens-Mazer, Jonathan/Lambert, Robert (2011). The fiery birth of the Prevent counter-terrorism strategy: England's Summer of Discontent, ten years on. OpenDemocracy. Online verfügbar unter <https://www.opendemocracy.net/en/opensecurity/fiery-birth-of-prevent-counter-terrorism-strategy/> (abgerufen am 13.03.2024).
- Gohir, Shaista (2010). Founder quits National Muslim Women's Advisory Group in protest. Online verfügbar unter <https://wallscometumblingdown.wordpress.com/2010/04/08/founder-quits-national-muslim-womens-advisory-group-in-protest/> (abgerufen am 17.07.2013).
- HM Government (2008a). Preventing violent extremism: A guide for local partners in England. Stopping people becoming or supporting terrorists and violent extremists. Online verfügbar unter: http://webarchive.nationalarchives.gov.uk/20130401151715/http://www.education.gov.uk/publications/eOrderingDownload/Prevent_Strategy.pdf (abgerufen am 14.3.2015)

- HM Government (2008b). Preventing violent extremism. A strategy for delivery. Online verfügbar unter <https://researchbriefings.files.parliament.uk/documents/SN04766/SN04766.pdf> (abgerufen am 13.03.2024).
- HM Government (2009). Pursue Prevent Protect Prepare. The United Kingdom's Strategy for Countering International Terrorism. London, TSO. Online Verfügbar unter https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/228644/7547.pdf (abgerufen am 13.03.2024).
- HM Government (2011). Report to the Home Secretary of Independent Oversight of Prevent and Review Strategy.
- HM Government (2011a). Prevent Strategy: Equality Impact Assessment. Online verfügbar unter <https://www.gov.uk/government/publications/prevent-strategy-2011> (abgerufen am 13.03.2024).
- HM Government (2018). CONTEST. The United Kingdom's Strategy for Countering Terrorism. Online verfügbar unter <https://www.gov.uk/government/publications/counter-terrorism-strategy-contest-2018> (abgerufen am 13.03.2024).
- Hoffman, Bruce (2002). Terrorismus - Der unerklärte Krieg. Frankfurt a. M., Bundeszentrale für politische Bildung.
- Home Office (2005). 'Preventing Extremism Together' Working groups. Online verfügbar unter <https://webarchive.nationalarchives.gov.uk/20120920045201/http://www.communities.gov.uk/documents/communities/pdf/152164.pdf> (abgerufen am 13.03.2024).
- Home Office (2011). The Prevent Strategy. Online verfügbar unter <https://www.gov.uk/government/publications/prevent-strategy-2011> (abgerufen am 13.04.2014).
- Home Office (2023). Prevent and Channel factsheet- 2023. London, Home Office news team. Online verfügbar unter <https://homeofficemedia.blog.gov.uk/2023/09/07/prevent-and-channel-factsheet-2023/> (abgerufen am 13.03.2024).
- Khan, Nabeela (2012). The Prevent Strategy. A Community Interpretation. P. Shanaz. Online verfügbar unter: http://www.bedfordshire.police.uk/pdf/prevent_strategy.pdf (abgerufen am 29.11.2015)
- Kundnani, Arun (2007). Integrationism: the politics of anti-Muslim racism. *Race and Class* 48(4), 24-44.
- Kundnani, Arun (2009). Spooked! How not to prevent violent extremism. London, Institute of Race Relations. Online verfügbar unter www.irr.org.uk/spooked (abgerufen am 08.04.2024)
- Lindemann, Gesa (2020). Die Ordnung der Berührung. Weilerswist, Velbrück Wissenschaft.
- Müller, Dirk (2020). Interview Roger Lewentz, Innenminister Rheinland-Pfalz, zu Amokfahrt in Trier. Deutschlandfunk. Online verfügbar unter <https://www.deutschlandfunk.de/interview-roger-lewentz-innenminister-rheinland-pfalz-zu-amokfahrt-in-trier-dlf-845d2de1-100.html> (abgerufen am 13.03.2024).
- Münkler, Herfried (2002). Die neuen Kriege. Reinbek bei Hamburg, Rowohlt.
- Norris, Maria W. (2015) The Secretive World of Counter-Extremism Funding. Public Spirit. Online verfügbar unter <http://www.publicspirit.org.uk/the-secretive-world-of-counter-extremism-funding/> (abgerufen am 20.09.2016)

- Nowak, Manfred (2006). Das System Guantanamo. APuZ - Aus Politik und Zeitgeschichte 36,23-30.
- Peeck-Ho, Catharina (2017). Sicherheit, Geschlecht und Minderheitenpolitik. Kritische Perspektiven auf die britische Antiterrorstrategie. Bielefeld, Transcript.
- Peeck-Ho, Catharina (2020). Die Versicherheitlichung von Citizenship: Muslimische Frauen als Adressatinnen von Antiterrormaßnahmen in der britischen „Prevent“-Strategie. FZG – Freiburger Zeitschrift für GeschlechterStudien 26, 19-33.
- Peeck-Ho, Catharina (2022). »Winning Hearts and Minds?« Eine intersektionale Perspektive auf Präventionsarbeit im städtischen Raum am Beispiel der britischen Prevent-Strategie. In: Sabine Behn/Britta Elena Hecking/Kayra Hohmann/Victoria Schwenzer (Hg.). Raum, Resilienz und religiös begründete Radikalisierung. Radikalisierungsprävention in städtischen Räumen. Bielefeld, Transcript, 101-119.
- Qurashi, Fahid (2018). The Prevent strategy and the UK 'war on terror': embedding infrastructures of surveillance in Muslim communities. Palgrave Communications 4: 1-13.
- Qurashi, Fahid (2021). Rehabilitating the Prevent Strategy. Academia Letters Article 870.
- Turner, Bryan S. (2006). Vulnerability and Human Rights. University Park, Pennsylvania State University Press.

